

Publikationsserver des Leibniz-Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Archiv-Version



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

Moritz Fischer

Ideologisierung und Personalisierung rechter Programmatik: Das Siegburger Manifest der Partei *Die Republikaner*

<https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2970>

In: Die radikale Rechte in Deutschland, 1945–2000. Eine kommentierte Online-
Quellensammlung, 28.11.2025, <https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2970>

Archiv-Version des ursprünglich auf dem Portal ***Die radikale Rechte in Deutschland, 1945–2000. Eine kommentierte Online-Quellensammlung*** am 28.11.2025 erschienenen
Quellen-Kommentars <https://radikale-rechte.de/comment/009-fischer-siegburger-manifest>
(letzter Zugriff: 12.12.2025)

Copyright © 2025 - Dieser Text wird veröffentlicht unter der Lizenz Creative Commons BY-NC-ND 4.0 DE.
Eine Nutzung ist für nicht-kommerzielle Zwecke in unveränderter Form unter Angabe des Autors bzw. der
Autorin und der Quelle zulässig. Im Artikel enthaltene Abbildungen, Texte und andere Materialien werden
von dieser Lizenz nicht erfasst.



Ideologisierung und Personalisierung rechter Programmatik: Das Siegburger Manifest der Partei Die Republikaner

von
Moritz Fischer

Das sechs Seiten umfassende Siegburger Manifest ist ein an eine breite Leserschaft adressiertes Parteiprogramm. Auf nur vier Textseiten vermittelt es zentrale Anliegen der [Republikaner](#), schweigt sich aber zu deren konkreter Umsetzung aus. Dem Titelblatt folgt, wie bei Parteiprogrammen üblich, eine Präambel, der sich einzelne inhaltliche Schwerpunkte in knappen Absätzen anschließen. Auf der letzten Seite finden sich Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit der Bitte um Spenden. Eine Besonderheit besteht in dem auf der dritten Seite abgebildeten Konterfei des Parteivorsitzenden [Franz Schönhuber](#), dem eine Kurzbiografie sowie wohlwollende Zitate über ihn aus Zeitungen und Zeitschriften beigelegt sind.

Vorgeschichte: Die Gründung der Republikaner

Am 26. November 1983 gründeten die kurz zuvor aus der Christlich-Sozialen Union (CSU) ausgetretenen Bundestagsabgeordneten [Franz Handlos](#) und [Ekkehard Voigt](#) zusammen mit dem ehemaligen Fernsehjournalisten [Franz Schönhuber](#) in München die Partei [Die Republikaner](#). Politisch waren [Handlos](#) und [Voigt](#) dem nationalkonservativen Spektrum zuzuordnen, das sich von der Regierungsübernahme Helmut Kohls 1982 eine „geistig-moralische Wende“ erhofft hatte, die aus ihrer Sicht aber ausblieb. Als konkreten Anlass für den Parteiaustritt benannten [Handlos](#) und [Voigt](#) den sogenannten Milliardenkredit, den Franz Josef Strauß im Juni 1983 an die DDR vermittelt hatte. Nach Meinung von [Handlos](#) habe Strauß damit die „Grundsätze der CSU über Bord geworfen“.^[1] Für den niederbayerischen Abgeordneten war unverständlich, wie ausgerechnet der „notorische Antikommunist“^[2] Strauß, der in der Opposition stets die sozialliberale Koalition wegen deren Zugeständnisse kritisiert hatte, nun das finanzielle Überleben der DDR sichern konnte. [Handlos](#) hatte sich bereits im Laufe der 1970er-Jahre von der CSU und ihrem Vorsitzenden distanziert. Er war ein glühender Anhänger der Idee einer bundesweiten Ausbreitung der CSU, die so in Konkurrenz zur Christlich Demokratischen Union (CDU) das gesamte politische Spektrum rechts der Mitte abdecken sollte. Nach seinem Parteiaustritt versuchte [Handlos](#) mit den [Republikanern](#), eine solche „Vierte Partei“ aufzubauen.

[Franz Schönhuber](#) war demgegenüber seit 1981 eng mit Protagonisten der Neuen Rechten wie [Armin Mohler](#) und [Hellmut Diwald](#) vernetzt. Die beiden Männer waren auf den populären Journalisten und Moderator des Bayerischen Rundfunks (BR) aufmerksam geworden, nachdem dieser 1981 ein autobiografisch geprägtes Buch mit dem Titel *Ich war dabei* über seine Zeit als junger Erwachsener bei der Waffen-SS vorgelegt hatte. [Schönhuber](#) verharmloste in diesem Bestseller die

NS-Zeit über weite Strecken und attackierte die deutsche Erinnerungskultur. Daraufhin entließ ihn der BR. [Schönhuber](#) radikalisierte sich und beteiligte sich 1983 mit [Mohler](#), [Diwald](#) und anderen Männern an einer letztlich gescheiterten neurechten Pressure-Group. Der [Deutschlandrat](#) veröffentlichte eine [Erklärung](#), in der die Mitglieder für eine nationalneutralistische Politik und eine „Entkriminalisierung“ der deutschen Geschichte warben.^[3]

Zeitgleich zum [Deutschlandrat](#) beteiligte sich [Schönhuber](#) federführend an der Gründung der [Republikaner](#) und wurde neben [Voigt](#) unter [Handlos](#) stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei. Schon bald avancierte [Schönhuber](#) zum Shootingstar der [Republikaner](#). Mit seinem Vertrauten [Harald Neubauer](#), einem ehemaligen Mitglied der [Nationaldemokratischen Partei Deutschlands \(NPD\)](#) und Redakteur der [Deutschen National-Zeitung](#), war er bemüht, die laut ihrem Grundsatzprogramm „konservativ-liberale Volkspartei“ konsequent nach rechts zu führen.^[4] So entwickelten sich die [Republikaner](#) im Laufe des Jahres 1984 zu einer Partei zwischen Konservatismus, Neuer und extremer Rechter.

Wende nach rechts: Die Verabschiedung des Siegburger Manifests

Es dauerte nur wenig länger als ein Jahr, bis [Schönhuber](#) nach dem Vorsitz der Partei griff. Er suchte den offenen Konflikt mit [Handlos](#), warb für eine Partei der „deutsche[n] Rechte[n]“^[5] und übernahm nach dem Rücktritt von [Handlos](#) auf dem Parteitag in Siegburg bei Bonn am 16. Mai 1985 die Führung der [Republikaner](#). Der Vorsitzende und sein Programm sollten nach außen hin klar zeigen, dass die [Republikaner](#) nunmehr eine Rechtspartei waren. Das Siegburger Manifest war folglich ein Destillat all jener Ideen, die [Schönhuber](#) seit Parteigründung den [Republikanern](#) ins Stammbuch schreiben wollte. Mit dem ursprünglichen, stark an den Forderungen der CSU orientiertem Programm der Partei von 1983 hatte das Siegburger Manifest nichts mehr gemein. Ideologisch näherte die Partei damit immer stärker der [NPD](#) an.

[Schönhuber](#) griff dafür auf das Ideologierüst der Neuen Rechten zurück, was vor allem in der Präambel des Programms sichtbar wurde, die identisch mit der [Erklärung des Deutschlandrats](#) vom Dezember 1983 war. Hier hieß es: „Deutschlands Vergangenheit heißt Niederlage und Schuld, seine Gegenwart ist Teilung und Fremdbestimmung, seine Zukunft wird das Ergebnis heutiger Politik sein.“^[6] Das Manifest war dementsprechend nationalistisch gefärbt. Die größten Probleme Deutschlands sah die Partei in „Arbeitslosigkeit“, „Schulden“, dem „Ausverkauf deutscher Interessen“ sowie in der „Überfremdung“. Die acht im Manifest behandelten Hauptthemen lesen sich daher als Sammelsurium ideologisch aufgeladener Schlagworte mit absteigender Relevanz: „Nationale Identität“, „Souveränität des Staates“, „Sicherheit für den Bürger“, „Soziale Marktwirtschaft“, „Bürgernahe und sparsame Verwaltung“, „Schutz des Lebens und der Umwelt“, „Miteinander der Generationen und Geschlechter“, „REPUBLIKANER in der Verantwortung“.

Der Primat der „nationalen Identität“

Für die [Republikaner](#) am wichtigsten waren die eingangs behandelten Fragen der „Nationale[n] Identität“ und der „Souveränität des Staates“. In einer apokalyptischen Krisensemantik bezeichneten sie die Zukunft des deutschen Volkes als durch „die Verfälschung bewährter Wertbegriffe“ „bedroht“. Es ging dabei nicht nur um die bloße Diagnose eines Sittenverfalls, sondern um die biologische Existenz des deutschen Volkes, die durch Geburtenrückgang und Zuwanderung gefährdet sei. Der Schwangerschaftsabbruch müsse daher erschwert, die Familien müssten hingegen gestärkt werden. Nur durch ein Ende der Vergangenheitsbewältigung, einen „Wandel der Einstellung zu Ehe und Familie“ und die strikte Durchsetzung der Doktrin, dass Deutschland kein Einwanderungsland werden dürfe, ließe sich die nationale Identität bewahren. Nicht nur kulturelle Fragen spielten bei diesem Identitätsbegriff eine Rolle, sondern Identität war an die biologisch-ethnische Abstammung gebunden. Damit reihten sich die [Republikaner](#) unter völkisch-nationalistischen Vorzeichen in den „apokalyptische[n] Bevölkerungsdiskurs“ [\[7\]](#) im 20. Jahrhundert ein.

Aus „Deutschland wieder eine normale Nation“ zu machen – das war fortan das Ziel der [Republikaner](#). Sie knüpften damit zum einen an zeitgleich laufende Debatten um die nationale Identität der Deutschen an, an denen sich die Neue Rechte beteiligen wollte. [\[8\]](#) Im Siegburger Manifest zitierten sie daher die [Erklärung des Deutschlandrats](#) affirmativ und forderten die „Entkriminalisierung“ der deutschen Geschichte „als Voraussetzung für ein selbstverständliches Nationalbewusstsein“. Folgerichtig war das Programm zum anderen ganz auf die deutsche Wiedervereinigung als Fluchtpunkt jeglicher nationalen Politik ausgerichtet, welche alle rechten Parteien seit 1945 eingefordert hatten. Das Parteiprogramm hieß daher nicht ohne Grund Manifest: Die [Republikaner](#) wollten symbolisch zeigen, dass sie die *Nation* und das *deutsche Volk* ins Zentrum ihrer Politik stellten.

Personalisierung der Politik

Wer die neue der Partei war, konnten die Leser des Programms nicht übersehen: [Franz Schönhuber](#). Wie in einer kommerziellen Reklame bewarb es den neuen Parteivorsitzenden mit einem großen Bild und einem kurzen Lebenslauf, der all seine Erfolge aufzählte. Und wie beim Klappentext eines Buches lobte es [Schönhuber](#) mit Stimmen aus der Presse. Paradoxerweise entwickelten sich die [Republikaner](#) durch die Personalisierung und Medialisierung ihrer Politik zu einer Partei, die alle Kriterien der von ihnen selbst regelmäßig kritisierten „Amerikanisierung“ erfüllte. Es entfaltete sich ein regelrechter Personenkult um den Vorsitzenden, sodass in der Presse immer häufiger schlicht von der „Schönhuber-Partei“ die Rede war. [\[9\]](#) Partei und Programm verschmolzen in der Person [Franz Schönhubers](#). Damit war der Grundstein für die späteren Wahlerfolge der Partei 1989 gelegt.

- [1] Franz Handlos, Brief an Franz Josef Strauß, 1.7.1983, Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP), Nachlass Strauß, PV 15894.
- [2] Horst Möller, Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell, München/Berlin: Piper, 2015, S. 592.
- [3] Erklärung des Deutschlandrats vom Dezember 1983, in: Criticón 14 (1984), H. 81, S. 48.
- [4] Grundsatzprogramm der Republikaner. Verabschiedet auf dem 1. Bundeskongreß am 26. November 1983 in München, o.O. o.J. [1983], S. 7.
- [5] Franz Schönhuber, Hat die Rechte in Deutschland eine Chance? Das unvollständige Parteienspektrum, in: Criticón 15 (1985), H. 87, S. 29f.
- [6] In der Erklärung des Deutschlandrats hieß es, „seine Zukunft erscheint hoffnungslos“.
- [7] Thomas Etzemüller, Ein ewigwährender Untergang. Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert, Bielefeld: transcript, 2007.
- [8] Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München: DVA, 2006.
- [9] So etwa Egon Scotland, Die Parteien holen sich bei den jungen Frauen einen Korb, Süddeutsche Zeitung, 16.12.1986, S. 19.

Quelle:

**DIE
REPUBLIKANER**

**Das
SIEGBURGER
MANIFEST**

**verabschiedet
auf dem
Bundesparteitag
am 16. Juni 1985
in
Siegburg / Bonn[1]**

- **Präambel**

Die nationale Lage erfüllt uns mit großer Sorge: Arbeitslosigkeit, Schulden, Ausverkauf deutscher Interessen und nicht zuletzt die Überfremdung bedrohen unser Land. Deutschlands Vergangenheit heißt Niederlage und Schuld, seine Gegenwart ist Teilung und Fremdbestimmung, seine Zukunft wird das Ergebnis heutiger Politik sein.

Wir Deutschen können unser Lebensrecht nur sichern, wenn wir uns wieder auf die Grundsätze nationaler Interessenwahrung besinnen. Dazu wollen wir REPUBLIKANER als Partei demokratischer Erneuerung beitragen, getreu dem Bekenntnis:
Andere Völker achten wir, unseres aber lieben wir.

- **Nationale Identität**

Unsere Zukunft als deutsches Volk ist bedroht. Ursache ist vor allem die Verfälschung bewährter Wertbegriffe. Dies muß beendet werden. Darüber hinaus muß die tiefe Kluft zwischen den Generationen überbrückt werden, damit sich aus dem Zusammenwirken aller Alters- und Gesellschaftsschichten neue Wege für die deutsche Zukunft eröffnen. Durch gezielte soziale Maßnahmen und durch den Wandel der Einstellung zu Ehe und Familie muß den rückläufigen Geburtenzahlen entgegengewirkt werden. Deutschland darf kein Einwanderungsland werden.

- **Souveränität des Staates**

Deutschland muß seine volle völkerrechtliche und politische Souveränität wiedererlangen; die „Feindstaatenklauseln“ der Vereinten Nationen müssen fallen. Nur wer souverän ist, kann ein verlässlicher Bündnis- und Vertragspartner sein. Jeder Staat muß über die Waffen auf seinem Boden verfügen können.

Wir fordern im Einklang mit Grundgesetz und höchster Rechtsprechung die Wiedervereinigung Deutschlands. Keine Regierung eines deutschen Teilstaates ist zu Gebietsabtretungen befugt, die einen gesamtdeutschen Souverän bei Abschluß des Friedensvertrages binden könnten.

Die Demokratie muß als Staatsform kämpferisch nach innen und außen verteidigt werden.

[2]

FRANZ SCHÖNHUBER, Bundesvorsitzender der REPUBLIKANER: Der 1923 im bayerischen Trostberg geborene Journalist und Bestseller-Autor blickt auf eine lange Karriere zurück: Chefredakteur der Münchner „tz“, sechs Jahre Vorsitzender des Bayerischen Journalistenverbandes, zwei Jahre Mitglied des Deutschen Presserates, zuletzt stellvertretender Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens und Moderator der Sendung „Jetzt red i“, Träger des Bayerischen Verdienstordens.

Stimmen aus der Presse:

„Franz Schönhuber nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn es um unbequeme Wahrheiten geht.“
BILD am SONNTAG

„Nach FJS der bekannteste Bayer.“
BUNTE

„Franz Schönhuber, der ehemalige Vizechef des Bayerischen Fernsehens, hat als eine Art Bürgeranwalt dem Volk nicht nur ‚auf’s Maul g’schaut‘, sondern auch dessen Interessen stets gewahrt. So

mancher Bürger verdankt ihm die Lösung seines Problems."
BLICKPUNKT, Rosenheim

- **Sicherheit für den Bürger**

Die Kriminalität, insbesondere das Gewalt- und Rauschgiftverbrechen, ist wirksamer als bisher zu bekämpfen. Für Gewaltverbrecher, Rauschgiftdealer und Landesverräter fordern wir die gesetzliche Höchststrafe. Die Belange der Opfer von Straftaten haben Vorrang vor der Resozialisierung der Täter. Die Rechte der Einzelnen müssen dort ihre Grenze finden, wo die Allgemeinheit Schaden erleidet.

- **Soziale Marktwirtschaft**

Leistungswille, Wettbewerb und Solidarität sind die Antriebskräfte sozialer Marktwirtschaft. Weder Kapitalismus noch Sozialismus sind in der Lage, das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen eines Volkes zu gewährleisten. Monopolbildung jeder Art gefährden die Funktionsfähigkeit des Wirtschaftslebens. Dauerarbeitslosigkeit und Rentnerverelendung verletzen die menschliche Würde.

Deutsche Staatsangehörigen ist das Recht auf einen Arbeitsplatz vorrangig einzuräumen. Eine angemessene Rente muß grundgesetzlich verankert werden. Ein gesunder Mittelstand ist die tragende Säule der Volkswirtschaft; ihm ist besondere Unterstützung zu gewähren. Die deutsche Landwirtschaft muß in die Lage versetzt werden, die Ernährung der eigenen Bevölkerung auch in Krisenzeiten zu sichern.

Durch eine Steuerreform muß die gerechte und gleichmäßige Belastung der Bürger sichergestellt werden. Das Volksvermögen muß allen Leistungswilligen und allen unverschuldet in soziale Not Geratenen zugute kommen.

- **Bürgernahe und sparsame Verwaltung**

Den Bürgern ist ein unmittelbares Mitspracherecht bei allen politischen Entscheidungen zu sichern, die von existentieller Bedeutung für die Allgemeinheit sind. Deshalb müssen die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten für Volksbegehren und Bürgerentscheid erweitert werden.

Die staatlichen Organe haben sich als Diener am Bürger zu verstehen. Gesetze und Verordnungen müssen überschaubar und für jeden verständlich sein. Volksvermögen darf nicht verschleudert werden; die Verwaltung muß sparsam arbeiten. Politiker und Beamte, die gegen diesen Grundsatz verstoßen, sind rechtlich haftbar zu machen.

- **Schutz des Lebens und der Umwelt**

Wir fordern den umfassenden Schutz allen Lebens. Die Abtreibungsmöglichkeiten müssen eingeschränkt werden. Der Familie hat die vorrangige Fürsorge des Staates zu gelten, da sie

als kleinste soziale Einheit die Basis für das gesellschaftliche Leben darstellt. Eine geschützte Umwelt ist der beste Garant für die Erhaltung der allgemeinen Gesundheit. Zur Verhinderung schwerer Umweltkatastrophen müssen sofort weitreichende Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Sozial verantwortbarer Patriotismus bedeutet, die Heimat in ihrer historisch gewachsenen, natürlichen Vielfalt zu erhalten. Wir müssen uns bewußt sein, daß wir als Volk mit der Zerstörung der Landschaft einen Teil unserer nationalen Geschichte und Identität verlieren. Die Umwelt bestimmt unsere Existenz. Die Degradierung der Heimat zur reinen Funktionslandschaft führt zum Abbau des Menschlichen. Deshalb fordern wir konsequenten Natur- und Artenschutz als Ausdruck der Liebe zu Volk und Heimat. [4]

- **Miteinander der Generationen und Geschlechter**

Junge und ältere Menschen, Männer und Frauen müssen neue Formen des Miteinanders entwickeln. Das Bewußtsein, auch in einer pluralistischen Gesellschaft aufeinander angewiesen zu sein, ist durch Anleitung und Bildung zu fördern. Der Jugend sind Ideale und Wertvorstellungen auf abendländischer Grundlage zu vermitteln. Die Bewältigung sozialer Gemeinschaftsaufgaben durch ein obligatorisches Sozialjahr nach Schulabschluß könnte dazu einen Beitrag leisten.

Der Jugend ist im Rahmen ihrer Eignung die Möglichkeit zu Mitarbeit, Mitverantwortung und Mitbestimmung in ihrem Lebensbereich zu geben. Der zweite Bildungsweg muß ausgebaut werden; Begabte müssen, unabhängig von Herkunft und sozialem Status, gefördert werden.

Der menschenunwürdigen Isolation und Benachteiligung älterer Mitbürger ist abzuhelpfen. Auch Senioren muß die Möglichkeit erhalten bleiben, an Gemeinschaftsaufgaben aktiv mitzuwirken und dabei Lebenserfahrung einzubringen. Männer und Frauen sind gleichwertig und müssen deshalb gleichberechtigt sein. Für gleiche Arbeit ist gleicher Lohn zu zahlen.

- **REPUBLIKANER in der Verantwortung**

Unsere Partei läßt sich nicht in eine ideologische Zwangsjacke stecken, die es ihr unmöglich machen würde, auf die rasch wechselnden Veränderungen in vielen Lebensbereichen sinnvoll zu reagieren. Allerdings gibt es Grundsätze, die weder aus opportunistischen noch populistischen Erwägungen in Frage gestellt werden dürfen. Wir verlören sonst unsere Glaubwürdigkeit.

Unsere Forderungen lassen sich nur verwirklichen, wenn Deutschland wieder eine normale Nation wird. Wir können weder innen- noch außenpolitisch dauernd in einem Ausnahmezustand leben. Zu dessen Beendigung gehört vor allem die Entkriminalisierung unserer Geschichte als Voraussetzung für ein selbstverständliches Nationalbewußtsein.

Wir REPUBLIKANER stellen uns der politischen Verantwortung.[5]

Bitte diesen Ausschnitt senden an:
(hier bitte Stempel des Kreisverbandes:)

Ich bitte um

- Zusendung von Informationsmaterial
- Zusendung des Aufnahmeantrages
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:

Straße:

Ort:

Wir brauchen Geld für unsere Öffentlichkeitsarbeit.

Ihre Hilfe erreicht uns per Scheck in der Sandstr. 41, 8000 München 2, oder auf Konto-Nr. 2976650 bei der Bayerischen Vereinsbank München, Bankleitzahl 70020270.

Vielen Dank.

Die nächste REP-Veranstaltung:

- Zeit:
- Ort:
- Thema:
- Redner:

Verantwortlich: H. Neubauer, Schleißheimer Straße 186, 8000 München 40

Die Republikaner (REP), Das Siegburger Manifest, verabschiedet auf dem Bundesparteitag am 16. Juni 1985 in Siegburg/Bonn, verantwortlich: H. Neubauer (München), Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Nachlass Franz Schönhuber, 83.